

In einer ihrer ersten Amtshandlungen hat die estnische Premierministerin Kaja Kallas ihr großes Interesse an einer neuen trilateralen Untersuchung des Estonia-Unglücks untermauert.



Estlands Ministerpräsidentin Kaja Kallas. (Foto: Aron Urb, EU2017EE)

In ihrem Statement bezog sich Kallas auf eine in Schweden auf den Weg gebrachte Gesetzesänderung, die zukünftige Tauchgänge zum Wrack der 1994 gesunkenen Fähre ermöglichen soll. 852 Menschen hatten bei dem Untergang ihr Leben verloren.

Die Regierungschefin bezeichnete eine abschließende Untersuchung der Tragödie als einen „Weg, den Estland, Finnland und Schweden gemeinsam gehen müssen.“

Zuvor hatte sich Kallas laut ERR.ee in einem Telefonat mit ihrem schwedischen Amtskollegen Stefan Löfven über den neuesten Stand informiert. Es war zugleich das letzte in einer Reihe von Telefonaten, die die frischgebackene Premierministerin mit

Regierungschefs aus der geografischen Nachbarschaft Estlands geführt hatte.

„Wir sind uns einig, dass die Untersuchung von unabhängigen Institutionen geleitet werden sollte“, gab Kallas anschließend bekannt. „Die neue estnische Regierung hat den festen Wunsch, mit der Untersuchung des Wracks der Estonia fortzufahren“, so Kallas weiter.

Man sei froh, dass Schweden seine Gesetzgebung ändern werde, um für die Untersuchung notwendige Tauchgänge zur Fähre durchführen zu können. Diese sind bislang unter anderem aus Gründen der Grabesruhe verboten gewesen.

Ende 2020 hatte eine Dokumentation über die Estonia neuen Nährboden für Spekulationen rund um die Unglücksursache bereitet. Bei einem behördlich nicht genehmigten Tauchgang zum Wrack waren während der Dreharbeiten bis dato unbekannte Löcher im Rumpf des Wracks aufgetaucht.

Sehen Sie auch:

- [Filmemacher hinter der Enthüllungsdoku über das Estonia-Wrack vor Gericht](#)
- [Wie gut kennen Sie Estland?](#)

sh